

WERTEWANDEL, NEUE POLITISCHE BEWEGUNGEN UND KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG:

KOMMUNALE DEMOKRATIE IM ÜBERGANG ZUM POSTINDUSTRIALISMUS

Oscar W. Gabriel

1. Kommunalpolitik und neue soziale Bewegungen. Die kommunale Selbstverwaltung im Übergang zur postindustriellen Gesellschaft¹

Schon in den ersten Arbeiten auf dem Gebiet der empirisch-sozialwissenschaftlichen Gemeindeforschung gehörte die Beteiligung der Bevölkerung an der Kommunalpolitik zu den wichtigsten Forschungsproblemen (vgl. z.B. *Bergstraesser* 1965; *Lenzer* 1962; *Mayntz* 1958; *Oswald* 1966; *Warren* 1957a; 1957b; *Wurzbacher* 1954). In Anbetracht der langen Tradition kommunaler Selbstverwaltung und der besonderen Bürgernähe der Kommunalpolitik war diese Forschungsperspektive der Sache angemessen; denn die kommunale Selbstverwaltung schien als Adressat einer direkten demokratischen Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger geradezu prädestiniert zu sein. Für diese Annahme sprachen auch die vorliegenden Befunde der empirischen Forschung. Wie *Almond* und *Verba* (1965: 136 ff.) in ihrer klassischen Civic Culture-Studie herausgefunden hatten, sahen die Bundesbürger in der lokalen Politik erheblich größere Mitwirkungschancen als auf der nationalen Ebene des politischen Systems.

Auch während der Expansion der bundesdeutschen Kommunalwissenschaft behielt das Problem der kommunalpolitischen Partizipation seine Attraktivität. Rechtswissenschaftliche Studien beschäftigten sich mit der Institutionalisierung von Partizipationsrechten in der Kommunalverfassung (vgl. z.B. *Kühnel/Meissner* 1977; *Ziegler* 1974) und im kommunalen Planungsrecht (vgl. z.B. *Battis* 1976; *Borghorst* 1976; *Hendler* 1977), Sozialwissenschaftler untersuchten vorzugsweise die Demokratisierung

¹ Die in diesem Beitrag benutzten Daten wurden vom Zentralarchiv für empirische Sozialforschung der Universität zu Köln (ZA) zugänglich gemacht. Sie wurden im Rahmen der European Community Study 1970 und 1973 sowie der Eurobarometer 2 bis 33 erhoben und vom Zentralarchiv für empirische Sozialforschung für die Analyse aufbereitet und dokumentiert. Weder die Primärforscher noch das Zentralarchiv tragen irgendeine Verantwortung für die Analyse und Interpretation der Daten in diesem Beitrag.

kommunaler Planungs- und Entscheidungsprozesse durch einen Ausbau bürgerschaftlicher Mitwirkungsmöglichkeiten (vgl. *Armbruster/Leisner 1975; Borsdorf-Ruhl 1973; Buse/Nelles/Oppermann 1978; von Kodolitsch 1975*). Auch in neueren verhaltenswissenschaftlichen Analysen politischer Partizipation findet die kommunale Ebene zunehmend Beachtung als derjenige Bereich des politischen Systems, der für eine verstärkte Bürgerbeteiligung besonders geeignet sei (vgl. z.B. *Kaase 1982; Westle 1992*).

Wenn man nun vor der Aufgabe steht, die für die neuere politische Entwicklung charakteristischen Veränderungen im kommunalpolitischen Partizipationsverhalten der Bevölkerung zu beschreiben, dann drängt sich geradezu die Beschäftigung mit einem Phänomen auf, das Beobachter zu Recht als "partizipatorische Revolution" bezeichneten. Mit diesem Etikett belegten sie die Bereitschaft eines zunehmenden Teils der Bevölkerung, aktiv ins politische Geschehen einzugreifen sowie die wachsende Tendenz, politische Forderungen auf neuen Wegen, insbesondere durch Protestaktionen, durchzusetzen (vgl. z.B. *Almond/Verba 1965; Kaase 1982; Gabriel 1984; 1988; 1990; Westle 1992*). In der Bundesrepublik Deutschland läßt sich der Beginn der partizipatorischen Revolution auf die Mitte der sechziger Jahre datieren (vgl. *Brandt 1990: 27 ff.*). Sie nahm ihren Ausgang an den Universitäten und griff von dort rasch auf andere gesellschaftliche und politische Institutionen und Lebensbereiche über.

Das lokale politische System gehörte von Anfang an zu den bevorzugten Adressaten der Forderung nach mehr Demokratie und Partizipation. Bereits in den sechziger Jahren formierten sich in den Städten und Gemeinden zahlreiche Bürgerinitiativen. Teils versuchten sie, durch Selbsthilfeaktionen Mängel in der Versorgung mit öffentlichen Gütern zu beheben, teils verlangten sie von den kommunalen Vertretungskörperschaften und Kommunalverwaltungen die Beseitigung der kritisierten Mißstände durch eine Korrektur der bisherigen kommunalpolitischen Prioritäten (vgl. ausführlich: *Gabriel 1983b; 1984*). Prozedurale und materielle Aspekte waren in den Aktivitäten dieser Bürgerinitiativen der "Ersten Generation" (so: *Thaysen 1980: 196 ff.*) eng miteinander verbunden. Neben den partizipativen Zielen bildete das Bemühen um eine Verbesserung der Lebensqualität in Städten und Gemeinden den Generalnenner ihrer Forderungen. Für das Zusammenspiel dieser partizipativen und lebensstilbezogenen Ziele prägte die politische Soziologie den Begriff der "Neuen Politik" (vgl. zuerst: *Miller/Levitin 1976; Hildebrandt/Dalton 1977*).

Die Reaktionen der politischen Führungsgruppen auf die Forderungen der Neuen Politik blieben nicht lange aus: Die materiellen Inhalte der Kommunalpolitik wurden einer kritischen Diskussion ausgesetzt, deren politische Umsetzung bis heute

andauert. Zudem versuchte man durch die Einfügung von Partizipationsklauseln in das Planungsrecht und in die Kommunalverfassungen die gestiegene Nachfrage nach politischer Partizipation zu befriedigen und sie zugleich institutionell zu kanalisieren (vgl. hierzu ausführlich die Beiträge in: *Gabriel 1983a*). Allerdings erwies sich die Erwartung, durch begrenzte institutionelle und substantielle Korrekturen die aufgebrochenen kommunalpolitischen Konflikte entschärfen zu können, als Irrtum. Obgleich sich der Aktionsschwerpunkt der Protest- und Partizipationsbewegung in der Folgezeit von der lokalen auf die nationale Ebene des politischen Systems verlagerte (weitere Ausführungen hierzu bei *Gabriel 1983b; 1984; 1988; 1990*), büßte die Kommunalpolitik ihre Bedeutung als Adressat von Forderungen der neuen Politik keineswegs ein. Für die Anliegen der Umwelt- und der Frauenbewegung liegt dies auf der Hand, aber auch die Friedensbewegung, deren Aktivitäten die Kommunalpolitik zunächst kaum zu betreffen schienen, nutzte die lokale Arena zum Kampf gegen die Atomrüstung (vgl. hierzu ausführlicher: *Rochon 1990: 116 f.; Schmitt 1990: 159 ff.*). Obgleich die national agierenden sozialen Bewegungen die lokalen Bürgerinitiativen in der öffentlichen Wahrnehmung zurückdrängten, wurden die Kommunen damit keineswegs von den Forderungen der Neuen Politik entlastet.

Die theoretische Grundlage für die nachfolgende Analyse einiger kommunalpolitischer Begleiterscheinungen der partizipatorischen Revolution bildet das von *Ronald Inglehart (1971; 1977; 1990a)* entwickelte Konzept der Stillen Revolution. Es führt die Veränderungen der Partizipationsstruktur der westlichen Welt auf eine Verdrängung traditioneller, materialistischer Werte durch neue, postmaterialistische Werte zurück. Nach einer einleitenden Auseinandersetzung mit der empirischen Relevanz des Wertewandelskonzeptes für die Politik in der Bundesrepublik Deutschland stehen die folgenden Probleme zur Diskussion:

- (1) Zunächst wird untersucht, ob das Aufkommen postmaterialistischer Werte und die damit verbundene Disposition zum politischen Protest vornehmlich als ein Merkmal der Großstadtpolitik anzusehen ist oder ob der kulturelle Wandel auch die Politik in kleinen und mittelgroßen Gemeinden erfaßt und dort Veränderungen in den Beziehungen zwischen Regierten und Regierenden ausgelöst hat. In einer durch starke räumliche Mobilität und ein hochentwickeltes Massenkommunikationssystem charakterisierten Gesellschaft spricht einiges für die zweite Alternative.
- (2) Daneben gilt unser Interesse den Auswirkungen der Neuen Politik auf die Beziehungen der Bevölkerung zu den kommunalpolitischen Institutionen. Im Vorder-

grund steht die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur Kommunalverwaltung. Diese Akzentsetzung ergibt sich nicht nur aus der Datenlage, sondern auch aus inhaltlichen Erwägungen. In der deutschen Tradition kommunaler Selbstverwaltung nehmen administrative Organe und Verfahrensweisen einen besonderen Rang ein. Dies prägt bis heute die kommunalpolitische Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland und zeigt sich unter anderem an der Tatsache, daß man in Deutschland - anders als in den angelsächsischen Demokratien - von kommunaler Selbstverwaltung statt von kommunaler Selbstregierung spricht. Auch in der Wahrnehmung der Bevölkerung steht eher die administrative als die (partei-)politische Dimension der Kommunalpolitik im Vordergrund (ausführlich hierzu: *Gabriel 1992a*).

2. Die Ausbreitung postmaterialistischer Werte und die Unterstützung der Neuen Sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland

2.1 Wertewandel und partizipatorische Revolution

Bereits in "The Civic Culture" hatten *Almond* und *Verba* (1965: 2) die gesellschaftliche Modernisierung, insbesondere den Anstieg des Bildungsniveaus, als die maßgebliche Ursache der partizipatorischen Revolution bezeichnet. Obwohl diese erste Variante der Modernisierungstheorie eine überzeugende Erklärung für die generelle Zunahme der politischen Aktivität lieferte, widersprach die steigende Protestbereitschaft der Bevölkerung der Logik dieses Ansatzes. Da der Massenwohlstand als Begleiterscheinung der sozialen Modernisierung galt, wäre in den prosperierenden westlichen Gesellschaften eher ein Abbau als eine Zunahme des Protestes zu erwarten gewesen (vgl. hierzu ausführlich: *Lipset 1969*).

Eine plausible Begründung für die Zunahme des politischen Protests in der westlichen Welt ergibt sich dagegen aus der Theorie des Wertewandels. Nach ihren Annahmen befinden sich die westlich-demokratischen Industriegesellschaften derzeit in einer Phase der Ausbreitung lebensstilorientierter, partizipativ-egalitärer oder postmaterialistischer Werte, die die für die Industriegesellschaft typischen traditionellen Sicherheits- und Prosperitätswerte zunehmend in den Hintergrund drängen. Zwar verschwinden im Verlaufe der "Stillen Revolution" die materialistischen Wertvor-

stellungen nicht völlig, sie verlieren aber im Vergleich mit den neuen Werten an Bedeutung (vgl. *Inglehart* 1971; 1977; 1990a; vgl. ähnlich auch: *Klages* 1984; 1988; *Klages/Herbert* 1983).

Nach *Inglehart* (1979a; 1979b; 1983; 1990a; 1990b) löst der Wertewandel eine Veränderung des politischen Verhaltens der Bevölkerung aus, die er wie folgt beschreibt: Während die Politik in der industriellen Gesellschaft von elitegesteuerten, hierarchischen Massenorganisationen kontrolliert worden sei, sei für die postindustrielle Gesellschaft ein Bedeutungsgewinn spontaner, die politischen Eliten herausfordernder Protestaktivitäten typisch. Das Entstehen der neuen sozialen Bewegungen betrachtet *Inglehart* (1990b: 43 ff.; vgl. auch: *Kaase* 1990: 90 ff.) als einen Teilaspekt des Wandels der Partizipationsstrukturen. Allerdings begünstigt der Wertewandel seiner Konzeption zufolge nur dann die Formierung neuer sozialer Bewegungen, wenn gleichzeitig drei weitere Bedingungen auftreten: objektive Probleme, um deren Lösung sich die sozialen Bewegungen bemühen, organisatorische Netzwerke zur Mobilisierung von Issue-Publika und die für ein aktives politisches Engagement erforderlichen kognitiven Fähigkeiten der Bürgerinnen und Bürger.

Alle diese Voraussetzungen sind auf der lokalen Ebene des politischen Systems eher gegeben als in der nationalen Politik. Zahlreiche kommunale Aufgaben tangieren mittelbar oder unmittelbar die partizipativ-egalitären und lebensstilorientierten Ziele des Postmaterialismus. Neben dem Umweltschutz und der Ausländerpolitik gilt dies beispielsweise für die Frauengleichstellung. Auch traditionelle Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge, z.B. die Ver- und Entsorgung, die kommunale Wirtschaftsförderung und die kommunale Sozialpolitik, wurden während der letzten Jahre im Sinne der neuen Politik umdefiniert (vgl. auch *Arzberger* 1980). Da auch die Mängel in der kommunalen Infrastruktur, die vor etwa 25 Jahren zur Formierung der Protestbewegung in den Städten geführt hatten, in der Zwischenzeit keineswegs behoben wurden, ist der Problemdruck, den *Inglehart* als eine Bedingung für die Formierung neuer sozialer Bewegungen ansieht, in den Kommunen kaum schwächer als in der nationalen Politik.

Nicht allein wegen der objektiven Probleme bilden die Kommunen nach wie vor ein geeignetes Aktionsfeld für die Protestbewegung. Auch die sozialen Netzwerke, über die die Protestbewegung ihre Anhänger rekrutiert, lassen sich auf der kommunalen Ebene vermutlich leichter bilden und aufrechterhalten als in der nationalen Politik. Schließlich sind die kognitiven Voraussetzungen des politischen Engagements, die Kenntnis politischer Sachverhalte, das Interesse an ihnen und das Gefühl der subjek-

tiven politischen Kompetenz in der lokalen Politik zumindest nicht schwächer entwickelt als in der Bundespolitik (vgl. die Daten sowie die weiterführende Literatur bei Gabriel 1992a).

2.2 Wertewandel und neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland

2.2.1 Der Verlauf der Stillen Revolution

Ob die von der Wertewandelstheorie unterstellten politischen Veränderungen eintreten, hängt unter anderem von der Verbreitung postmaterialistischer Prioritäten in einer Gesellschaft ab. Somit ist zunächst zu prüfen, ob in der Bundesrepublik ein Übergang von materialistischen zu postmaterialistischen Prioritäten stattgefunden hat und ob der Verlauf dieses Veränderungsprozesses die Annahme eines Wertewandels rechtfertigt.

In der Literatur bezeichnet man Wertorientierungen als stabile, sich nur langfristig bzw. in historischen Zäsuren verändernde Dispositionen (vgl. ausführlicher: Gabriel 1986: 40 ff. m.w.L.). Im Einklang damit beschreibt Inglehart (1971; 1977; 1990a) die Ausbreitung postmaterialistischer Wertvorstellungen als "Stille Revolution", d.h. als einen langsamen, kontinuierlich fortschreitenden kulturellen Wandlungsprozeß. Seine Folgerungen aus der Analyse der Entwicklung materialistischer und postmaterialistischer Prioritäten in der westlichen Welt stießen in der Forschung allerdings auf Widerspruch. Die vorliegenden Zeitreihen lassen erhebliche kurzfristige Schwankungen in der Verteilung materialistischer und postmaterialistischer Präferenzen erkennen (vgl. hierzu die Daten bei Brettscheider/Ahlstich/Zügel 1992: 566 f.), die mit der Interpretation des Materialismus-Postmaterialismus-Syndroms als Wertorientierung selbst dann unvereinbar sind, wenn man einen Fehler bei den Datenerhebungen in Rechnung stellt. Über die Ursachen der beobachtbaren Wertekonjunkturen kann man beim derzeitigen Forschungsstand nur spekulieren.

Obwohl die Entwicklung materialistischer und postmaterialistischer Prioritäten im untersuchten Zeitraum Zweifel an Ingleharts Interpretation der Stillen Revolution begründet, stellen die Postmaterialisten in der Bundesrepublik Deutschland mittlerweile zahlenmäßig eine beachtliche Gruppe dar. Zu Beginn der siebziger Jahre favorisierte nur eine kleine Minderheit von 10 Prozent der Befragten postmaterialistische Werte. Innerhalb von nur zwanzig Jahren schoben sich jedoch die partizipativ-egalitären Ziele des Postmaterialismus auf Kosten der traditionellen Sicherheits- und Erhal-

tungsziele deutlich in den Vordergrund. Im Jahre 1985 übertraf der Anteil der Postmaterialisten erstmals den der Materialisten; seither sind die Materialisten und Postmaterialisten in der bundesdeutschen Bevölkerung etwa gleich stark vertreten. Das (lokale) politische System der Bundesrepublik ist somit dem Erwartungsdruck einer starken und politisch besonders aktiven postmaterialistischen Minderheit ausgesetzt, die die staatliche und kommunale Politik neuen Maßstäben unterwirft (vgl. ausführlich: *Baker/Dalton/Hildebrandt* 1981: 136 ff.; *Dalton* 1988: 97 ff.; *Gabriel* 1986: 178 ff.; *Kunz/Gabriel/Brettschneider* 1993).

2.2.2 Wertewandel und Unterstützung neuer sozialer Bewegungen

Da *Inglehart* die politischen Wertorientierungen als bedeutsame Bestimmungsgrößen unkonventionellen politischen Verhaltens einschätzt, müßte die Ausbreitung des Postmaterialismus in der Bevölkerung der Bundesrepublik zu einer Zunahme des Protestpotentials bzw. einer wachsenden Unterstützung der Neuen Sozialen Bewegungen geführt haben. Die Veränderung der politischen Verhaltensdispositionen, insbesondere die Entwicklung des politischen Protests und der Mitarbeit in neuen sozialen Bewegungen ist in mehreren international vergleichenden empirischen Studien dokumentiert (vgl. vor allem: *Barnes/Kaase* 1979; *Jennings/Van Deth* 1990; *Dalton/Küchler* 1990; *Westle* 1992; für die Bundesrepublik Deutschland: *Schmitt* 1990; *Uehlinger* 1988; *Zwick* 1990).

Wie diese Untersuchungen zeigen, variiert die Beteiligung der Bevölkerung an einzelnen Formen des Protestes. Sie umfaßt die gelegentliche Teilnahme an einer Protestdemonstration, die dauerhaftere Mitarbeit in einer lokal ausgerichteten Bürgerinitiative und schließlich die feste organisatorisch-ideologische Einbindung in die Friedens-, die Ökologie-, die Antikernkraft-, die Frauenbewegung oder eine andere Gruppierung innerhalb des alternativen Spektrums. Die Ergebnisse der empirischen Forschung belegen dies. Während sich nur eine kleine Minderheit aktiv und dauerhaft an Protestaktionen beteiligt, treten positive Einstellungen zur Protestpolitik und die punktuelle Teilnahme an legalen, wenig aufwendigen Protestaktionen (Unterschriftenaktionen oder Demonstrationen) wesentlich häufiger auf als nicht-legale oder mit hohen zeitlichen bzw. psychischen Kosten verbundene Formen des zivilen Widerstandes (nähere Angaben bei *Fuchs* 1984; *Gabriel* 1990: 38; *Kaase* 1984; 1990; *Uehlinger* 1988; *Westle* 1992).

Ähnliche Strukturen zeigen sich in den Daten über die Alternativbewegung. Zwar bezeichneten sich maximal drei Prozent der befragten Bundesbürger als Mitglieder der Friedens-, der Antikernkraft oder der Ökologiebewegung, jedoch unterstützten bis zu 38 Prozent ihre Ziele (vgl. auch: *Pappi* 1990: 151 ff. *Reuband* 1985; *Schmitt* 1990: 70 ff.; *Zwick* 1990: 146 ff.; international vergleichende Daten finden sich u.a. bei *Gabriel* 1990: 37 ff.; *Inglehart* 1990b: 52 ff.; *Westle* 1992). Somit ist die Unterstützung der Ziele der Alternativbewegung und die gelegentliche Teilnahme an Protestaktionen sorgfältig von einer dauerhaften, ideologisch-organisatorischen Einbindung in die Protestbewegung oder gar von einer förmlichen Mitgliedschaft in ihr zu trennen.

Leider enthalten die verfügbaren Umfragen keine Angaben über die Verteilung der Aktivitäten der neuen sozialen Bewegungen auf die lokale und die nationale Ebene des politischen Systems. Lediglich in der Political Action-Studie von 1980 finden sich einige Daten über die Relevanz von Protestaktionen für die lokale bzw. nationale Politik. Von den 29 Prozent der Befragten, die nach eigenen Angaben schon einmal an einer Protestaktivität teilgenommen hatten, nannte ein Drittel die Kommune oder den Kreis als Adressaten ihres Engagements. Weitere 14 Prozent der Nennungen entfielen auf die Kommunen/Kreise und zugleich eine weitere Entscheidungsebene des politischen Systems. Ausschließlich gegen bundes- oder landespolitische Entscheidungsträger gerichtete Protestaktionen waren ausgesprochen selten. Diese Daten stützen die eingangs formulierte Annahme, daß die Protestbewegung ihr Aktionsfeld zwar auf die nationale Politik ausgeweitet hat, daß dies aber keineswegs mit einem Rückzug aus der Kommunalpolitik verbunden ist. Weitere Anhaltspunkte hierfür ergeben sich aus den für die Protestaktionen maßgeblichen Themen, die zu einem beachtlichen Teil in den Zuständigkeitsbereich der Kommunen und Kreise fallen, z.B. die Verkehrspolitik sowie Probleme der Ver- und Entsorgung (vgl. nähere Angaben bei *Gabriel* 1988: 15 f.)

3. Wertorientierungen, politischer Protest und neue soziale Bewegungen als Phänomene der Großstadtpolitik?

Eine der wichtigsten Ursachen für das Aufkommen der Bürgerinitiativ- und Protestbewegung in der Bundesrepublik sahen Beobachter in der weit verbreiteten Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen in den Großstädten, insbesondere mit den Wohn- und Verkehrsverhältnissen sowie mit der unzulänglichen sozialen und kultu-

rellen Infrastruktur. Zu Beginn der siebziger Jahre konstatierten konservative, liberale und marxistische Kommunalwissenschaftler übereinstimmend eine "Krise der Großstadt", die die großstädtische Politik vor neue prozedurale und inhaltliche Herausforderungen stelle und die ihren Ausdruck nicht zuletzt in den Protest- und Selbsthilfeaktionen der Bürgerinitiativen finde (vgl. z. B.: *Konrad Adenauer-Stiftung* 1973; *Grauhan* 1975). Die wenigen empirischen Studien stützten diese Annahme (vgl. *von Kodolitsch* 1975; sowie die Zusammenfassung der einschlägigen Befunde bei *Gabriel* 1983b; *Kempf* 1984).

Nach den vorliegenden Forschungsergebnissen sind die neuen sozialen Bewegungen aus der alternativen Subkultur der großstädtischen Dienstleistungszentren und Universitätsstädte hervorgegangen (vgl. die Hinweise bei *Brandt* 1990: 27; *Kaase* 1990: 87). Diese Beobachtung deckt sich mit *Bells* (1973: 10 ff., 57 ff.) Beschreibung des Überganges von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft, die er vornehmlich an der Tertiärisierung des Beschäftigungssystems, der Entwicklung des theoretischen Wissens zur zentralen gesellschaftlichen Produktivkraft, dem Entstehen einer selbstverwirklichungsorientierten Kultur und der Ausbildung partizipativer politischer Strukturen festmacht. Da die Entwicklung der postindustriellen Gesellschaft und damit die Verbreitung alternativ-postmaterialistischer Werte und Verhaltensdispositionen in den Großstädten besonders weit vorangeschritten ist, müßten die Aktivitäten der Protest- und Alternativbewegung vor allem für die Großstadtpolitik typisch sein. Hierfür spricht auch die Massierung der für den gesellschaftlichen Modernisierungsprozeß charakteristischen Probleme in den urbanen Ballungszentren. Als Beispiele seien die Verkehrsverdichtung, die Umweltbelastung und die mit dem Begriff der multikulturellen Gesellschaft bezeichneten Probleme genannt. Auch im Hinblick auf die kognitive Mobilisierung der Bevölkerung dürften die Großstädte das bevorzugte Aktionsfeld der Protestbewegung darstellen.

Da sich die empirische Forschung mit den kommunalpolitischen Aspekten der neuen Politik nur am Rande beschäftigte, fehlen bislang empirische Analysen dieses Problems. Jedoch verdeutlicht bereits ein erster Blick auf die für die Bundesrepublik vorliegenden Daten die Notwendigkeit, die Klischeevorstellung von der Großstadt als bevorzugtem Betätigungsfeld der Protestbewegung zu korrigieren: Die Friedens-, die Ökologie- und die Antikernkraftbewegung finden nämlich in den Großstädten keine wesentlich breitere Unterstützung als in kleinen oder ländlichen Gemeinden. Auch der zweite Indikator der neuen Politik, die Verbreitung postmaterialistischer Prioritäten, variiert nur schwach mit der Gemeindegröße. Zwar finden postmaterialistische Werte bei den Großstädtern eine etwas größere Resonanz als in der übrigen Bevölkerung, die

Unterschiede sind aber keineswegs als dramatisch zu bezeichnen (vgl. Tabellen 1 und 2). Selbst wenn das postmaterialistische Milieu ursprünglich in den Großstädten entstanden ist, hat es mittlerweile auch in Mittelstädten und kleinen Gemeinden Fuß gefaßt. Die Gemeindegröße beeinflusst die Einstellungen zur Alternativ- und Protestbewegung allerdings insofern, als die großstädtische Protestszene etwas stärker durch postmaterialistische Werte geprägt ist als in Mittelstädten und kleinen Gemeinden.

Tabelle 1: Unterstützung der neuen politischen Bewegungen und Gemeindegröße, 1984 (Angaben: Prozentanteile).

<i>Gemeindetyp</i>	<i>Klein</i>	<i>Mittel</i>	<i>Groß</i>	<i>Ges.</i>	<i>Eta</i>	
Unterstützung der						
Ökologiebewegung	45	43	48	45	0.08	n.s.
AKW-Bewegung	26	31	36	34	0.06	n.s.
Friedensbewegung	61	59	55	58	0.06	n.s.

Tabelle 2: Wertorientierungen und Gemeindegröße, 1984 (Angaben: Prozentanteile).

<i>Gemeindetyp</i>	<i>Klein</i>	<i>Mittel</i>	<i>Groß</i>	<i>Ges.</i>
Materialisten	17	18	24	20
Mischtypen	55	51	46	50
Postmaterialisten	6	15	21	17
k.A.	12	16	10	13
Alle	17	52	31	100
N	170	516	306	992

Eta 0.06 $p < 0.05$

Anmerkung: Als kleine Gemeinden wurden alle Einheiten mit weniger als 5.000 Einwohnern definiert, als mittlere die Einheiten zwischen 5.000 und 99.999 und als große die mit mindestens 100.000 Einwohnern. Diese Struktur ändert sich nicht, wenn man statt der Gemeindegröße den Gemeindetyp (ländliche Gemeinde, Klein- und Mittelstadt, Großstadt) als Prädiktorvariable verwendet.

4. Wertorientierungen, Protestpolitik und Einstellungen zur Kommunalpolitik

Inglehart (1979a: 283 f.; 1990b: 52 ff.) führt die überdurchschnittliche Einbindung der Postmaterialisten in die Protestbewegung auf die Diskrepanz zwischen den von ihnen artikulierten Forderungen und der inhaltlichen Ausrichtung der Politik in einer von materialistischen Zielen dominierten Gesellschaft zurück. Da die Postmaterialisten nur geringe Chancen sähen, ihre Anliegen auf konventionellem Wege durchzusetzen, betätigten sie sich in der Alternativ- und Protestbewegung. Diese fungiert nach *Inglehart* als Sammelbecken für die politisch unzufriedenen Postmaterialisten, die ihre Kritik an den Leistungen des politischen Systems durch Protestaktionen zum Ausdruck bringen. Obgleich diese Annahmen für die nationale Politik formuliert wurden, dürften sie auch für das lokale politische System gelten. Demnach ist zu erwarten, daß die Postmaterialisten und die Anhänger der Protestbewegung die Politik bzw. die Leistungen der kommunalen Entscheidungsträger überdurchschnittlich negativ bewerten und daß sich hieraus eine generelle Unzufriedenheit mit den für die Erledigung kommunaler Aufgaben zuständigen Organen entwickelt.

Leider erlaubt die Datenlage keine differenzierte Untersuchung der kommunalpolitischen Implikationen alternativ-postmaterialistischer Werte und Verhaltensdispositionen. Für unsere Zwecke steht nämlich nur ein einziger brauchbarer Indikator in Form einer Frage nach der Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Kommunalverwaltung zur Verfügung. Die große Mehrheit der Bundesbürger, nämlich 68 Prozent, gab ein positives Urteil hierzu ab, nur 28 Prozent äußerten sich negativ. Wie erwartet, nahm die Unzufriedenheit mit der Kommunalverwaltung mit der Gemeindegröße zu (vgl. ausführlicher hierzu: *Gabriel 1992a*). In welchem Maße die Einschätzung der Kommunalverwaltung durch die Bevölkerung örtliche Besonderheiten reflektiert, läßt sich im Rahmen einer national repräsentativ angelegten Studie natürlich nicht feststellen.

Da die Kommunalverwaltung zusammen mit der kommunalen Vertretungskörperschaft die Verantwortung für die Erfüllung der kommunalen Aufgaben trägt, müßte sich in der Zufriedenheit mit ihr auch die Bewertung kommunaler Leistungen niederschlagen. Nach den Annahmen der Wertewandelstheorie wächst die Unzufriedenheit mit der Kommunalverwaltung mit der Einbindung in das alternativ-postmaterialistische Milieu. Zudem müßte der Zusammenhang zwischen diesen Variablen in den Großstädten stärker ausgeprägt sein als in Mittelstädten und in Kleingemeinden.

Beide Vermutungen bestätigen sich in der empirischen Analyse. Die Anhänger der Friedens-, der Antikernkraft- und der Ökologiebewegung stehen der Kommunalverwaltung kritischer gegenüber als die Gegner. Während etwa drei Viertel der Befragten mit negativen Einstellungen zu den neuen sozialen Bewegungen mit der Kommunalverwaltung zufrieden waren, lag der betreffende Anteil bei Personen mit einer positiven affektiven Bindung an die Protestszene zehn bis fünfzehn Prozentpunkte niedriger. Darüber hinaus variiert die Zufriedenheit der Anhänger der Alternativen Szene mit der Kommunalverwaltung - wie erwartet - mit der Gemeindegröße. In kleinen Gemeinden erklärten mehr als zwei Drittel der Anhänger der neuen sozialen Bewegungen, mit der Kommunalverwaltung zufrieden zu sein (Ökologiebewegung 81 Prozent, Friedensbewegung 75 Prozent, Antikernkraft-Bewegung 69 Prozent). In den Großstädten lagen die betreffenden Anteile mit 55 (AKW-Bewegung) bzw. 57 Prozent (Friedens- und Ökologiebewegung) deutlich niedriger. Allerdings beurteilt die Mehrheit der Anhänger der neuen sozialen Bewegungen in allen drei Gemeindetypen die Kommunalverwaltung positiv. Das Zufriedenheitsniveau in den Vergleichsgruppen unterscheidet sich somit eher graduell als prinzipiell. Dieses Einstellungsprofil zeigt sich in allen drei Zweigen der Alternativbewegung.

Ähnlich, aber noch etwas deutlicher, fallen die Zusammenhänge zwischen den Wertorientierungen und den kommunalpolitischen Einstellungen aus. Die Postmaterialisten stehen der Kommunalverwaltung wesentlich kritischer gegenüber als die Materialisten und die Befragten mit gemischten Prioritäten. Während nur knapp die Hälfte der Postmaterialisten (56 Prozent) die Kommunalverwaltung positiv bewertete, waren bei den Materialisten vier von fünf Befragten (79 Prozent) mit ihr zufrieden. Auch hierbei ließ sich ein Effekt der Gemeindegröße feststellen: Mit zunehmender Gemeindegröße nahm die verwaltungskritische Einstellung der Postmaterialisten zu, während sich die Materialisten und Postmaterialisten in den kleinen Gemeinden in ihrer Bewertung der Kommunalverwaltung nicht signifikant voneinander unterscheiden.²

In Anbetracht der hohen Korrelationen zwischen den Einstellungen zur Friedens-, Antikernkraft- und Ökologiebewegung und der großen Ähnlichkeit der kommunalpolitischen Einstellungen ihrer Anhänger kann die Analysestrategie in den folgenden Teilen dieses Beitrages vereinfacht werden, indem die qualitative Unterscheidung zwischen den drei alternativen Gruppierungen zu Gunsten einer Abstufung nach der Intensität der Einbindung in die neuen sozialen Bewegungen aufgegeben

² Auf die Vorlage von Tabellen hierzu wird verzichtet. Die wichtigsten Informationen sind in Tabelle 3 enthalten.

wird. Diese neue Variable wird durch einen aus den bisher benutzten Items bestehenden additiven Index erfaßt.³ Neben dieser inhaltlichen Modifikation erfolgt auch im methodischen Vorgehen eine Änderung. Bislang wurden die Variablen "Materialismus/Postmaterialismus" und "Unterstützung der neuen sozialen Bewegung" als isolierte Größen betrachtet. Mögliche Wechselwirkungen mit anderen theoretisch relevanten Bestimmungsfaktoren der Einstellung zur Kommunalverwaltung blieben unberücksichtigt. Die folgenden Teile dieses Beitrages behandeln den Materialismus/Postmaterialismus und die Unterstützung der neuen sozialen Bewegungen als Elemente eines umfassenderen Komplexes von Bestimmungsfaktoren kommunalpolitischer Einstellungen. Zusätzlich finden die soziodemographischen Variablen Alter und Bildung sowie die Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts-Kontinuum Berücksichtigung.

Auf der Basis dieser Untersuchung sollen nunmehr die folgenden vier Fragen geklärt werden:

- (1) Haben die Wertorientierungen einer Person und ihre Einstellung zu den neuen sozialen Bewegungen originäre Auswirkungen auf die Einstellungen zur Kommunalverwaltung oder verschwinden die betreffenden Effekte, wenn man andere, theoretisch bedeutsame Prädiktorgrößen politischer Einstellungen kontrolliert?
- (2) Sind die Wertorientierungen oder die Einstellung zu den neuen sozialen Bewegungen als Bestimmungsfaktoren der Kritik an der Kommunalverwaltung bedeutender oder sind beide Größen etwa gleich wichtig?
- (3) Treten die beschriebenen Strukturen in Gemeinden aller Größenordnungen auf oder sind sie nur für Großstädte typisch?
- (4) Wie relevant ist das Konzept der neuen Politik für die Zufriedenheit der Bundesbürger mit der Kommunalverwaltung?

³ Nach den Ergebnissen einer Faktorenanalyse ist dieses Vorgehen sachlich gerechtfertigt: Die Unterstützung der drei neuen sozialen Bewegungen und die Mitgliedschaft in ihnen läßt sich auf einem gemeinsamen Faktor abbilden, auf dem alle sechs Variablen etwa gleich hoch laden. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Bildung eines additiven Indexes mit gleicher Gewichtung aller Variablen angemessen. Sein Wertebereich variiert zwischen -2 (völlig negative Einstellung) und +2 (völlig positive Einstellung zu allen drei Zweigen der Protestbewegung).

In einer multivariaten Analyse, die sämtliche genannten Determinanten der Zufriedenheit mit der Kommunalverwaltung gleichzeitig berücksichtigte, erwies sich nur eine einzige Beziehung als statistisch signifikant: diejenige zwischen den Wertorientierungen und der Einstellung zur Kommunalverwaltung. Demnach bleibt der in den bivariaten Analysen ermittelte negative Einfluß der Einbindung in die Alternativszene auf die Zufriedenheit mit der Kommunalverwaltung bei einer Kontrolle anderer theoretisch relevanter Größen nicht bestehen. Dies ist vor allem auf die enge Beziehung zwischen der Unterstützung der neuen sozialen Bewegungen und den Wertorientierungen zurückzuführen, die einen originären, statistisch signifikanten Einfluß auf die Einstellungen zur Kommunalverwaltung ausüben. Postmaterialisten stehen der kommunalen Administration überdurchschnittlich kritisch gegenüber. Dies trifft auch dann zu, wenn man ihre Einstellungen zur Alternativbewegung, ihr Alter, ihr Bildungsniveau, die Größe ihrer Wohngemeinde und ihre Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts-Kontinuum kennt.

Damit sind die beiden ersten Fragen beantwortet: Von den beiden Indikatoren der Einbindung der Bundesbürger in die Alternativszene erweist sich nur der Materialismus-Postmaterialismus als eine originär bedeutsame Größe (vgl. Tabelle 3). Die größere Relevanz des Postmaterialismus-Phänomens war theoretisch zu erwarten, weil Wertorientierungen als die strukturbestimmenden Elemente des individuellen Überzeugungssystems eingestuft werden, die die Verhaltensdispositionen, in unserem Falle die Einstellung zu den neuen sozialen Bewegungen, beeinflussen.

Die dritte Frage bezog sich auf die Relevanz der Gemeindegröße für die Beziehung zwischen dem alternativen Engagement und der Zufriedenheit mit der Kommunalverwaltung. Nach den Ergebnissen der bivariaten Analysen hatten sich die Einstellungen der Anhänger der neuen sozialen Bewegungen bzw. der Postmaterialisten zur Kommunalverwaltung in kleinen Gemeinden praktisch nicht von denen der übrigen Bevölkerung unterschieden, in den Großstädten dagegen fungierte die Alternativbewegung stärker als Sammelbecken der Unzufriedenheit mit der kommunalen Administration. Einen ersten Hinweis auf die Existenz und Stärke gemeindestrukturspezifischer Beziehungen zwischen diesen Variablen geben die im Rahmen der Varianzanalyse berechneten Interaktionseffekte. Sie zeigen an, ob mehrere Erklärungsvariablen einen gemeinsamen Einfluß auf eine Zielvariable ausüben. In unserem Zusammenhang interessieren lediglich die Interaktionseffekte zwischen den Wertorientierungen bzw. der Unterstützung der neuen sozialen Bewegungen einerseits und der Gemeindegröße auf der anderen Seite. Keiner dieser beiden Effekte ist statistisch signifikant.

**Tabelle 3: Determinanten der Zufriedenheit mit der Kommunalverwaltung:
Multivariate Analyse, 1984 (Angaben: Prozentanteile).**

Multiple Klassifikationsanalyse		Mittelwert = 70.21		
Variable	N	bivariat	multivariat	Beitrag zur Varianz- reduktion
Wertorientierungen				
Materialisten	150	78.66	77.67	
Mischgruppe	354	72.03	71.96	
Postmaterialisten	107	52.33	53.98	
Eta/Beta		0.19	0.17	0.04
Einstellung zu den NSB				
stark negativ	83	77.11	66.17	
eher negativ	217	74.19	70.98	
neutral	33	69.69	67.00	
eher positiv	205	68.29	69.96	
stark positiv	73	56.16	64.08	
Eta/Beta		0.13	0.06	n.s
Gemeindegröße				
≤ 5.000 Einwohner	104	75.00	74.97	
5.000-99.999 Einwohner	314	71.65	71.49	
≥ 100.000 Einwohner	193	65.28	65.56	
Eta/Beta		0.08	0.07	n.s
Alter bei Schulabschluß				
≤ 15 Jahre	306	75.53	70.33	
16-19 Jahre	224	66.96	69.01	
≥ 20 Jahre	81	66.66	73.05	
Eta/Beta		0.07	0.03	n.s
Lebensalter				
≤ 34 Jahre	199	62.81	65.30	
35 bis 49 Jahre	186	69.35	69.01	
50 bis 64 Jahre	146	80.13	78.01	
≥ 65 Jahre	80	72.50	70.97	
Eta/Beta		0.14	0.10	n.s
Links-Rechts-Orientierung			-1.35	n.s
Interaktionseffekte				n.s
R ²		0.124	0.137	0.19
R		0.352	0.370	

Frage zur Zufriedenheit mit der Kommunalverwaltung: "Hier ist eine Liste mit Dingen, die ihr tägliches Leben beeinflussen. Können Sie mir bitte für jedes sagen, ob Sie damit eher zufrieden oder eher unzufrieden sind."

Links-Rechts-Orientierung: "In der Politik spricht man von 'links' und 'rechts'. Wie würden Sie persönlich Ihren politischen Standpunkt auf dieser Liste einordnen?"

Die Skala reicht von 1 (links) bis 10 (rechts)."

Die Wertorientierungen einer Person und ihre Einstellung zu den neuen sozialen Bewegungen wirken somit in Gemeinden aller Größenordnungen im Prinzip ähnlich auf die Zufriedenheit mit der Kommunalverwaltung.⁴

Die letzte unserer vier Fragen bezog sich auf die Relevanz der neuen Politik für die Erklärung der Zufriedenheit mit der Kommunalverwaltung. Obgleich eine Varianzreduktion von fast 19 Prozent ein für Einstellungsdaten passables Ergebnis zu sein scheint, ist bei seiner Interpretation zu berücksichtigen, daß fast alle in diesen Wert eingehenden Einzeleffekte statistisch nicht signifikant waren. Als einzige verläßlich interpretierbare Bestimmungsgröße der Zufriedenheit mit der Kommunalverwaltung erwies sich das Materialismus/Postmaterialismus-Phänomen. Ähnliche Befunde zeigten sich in mehreren Untersuchungen der nationalen Politik in der Bundesrepublik, die ebenfalls einen schwach negativen Zusammenhang zwischen der Präferenz für postmaterialistische Ziele und der Zufriedenheit mit dem politischen Status Quo feststellten (vgl. z.B. *Gabriel* 1986: 252 ff., 269 ff., 290 ff., 302 ff.; *Fuchs* 1989: 148 ff.). Das Konzept der neuen Politik eignet sich somit allenfalls bedingt zur Erklärung der Zufriedenheit mit der Kommunalverwaltung. Die innerhalb unserer Population ermittelten Unterschiede im Zufriedenheitsniveau haben zwar mit den Wertorientierungen der Befragten zu tun, daneben spielen aber auch andere, durch das Konzept der neuen Politik nicht abgedeckte, Faktoren eine wesentliche Rolle. Es ist zu vermuten, daß hierzu nicht zuletzt örtliche Einflußfaktoren gehören.

5. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Aus der Analyse der Bedeutung der neuen Politik für die Einstellungen zur Kommunalverwaltung ergeben sich die folgenden Feststellungen:

- (1) In der Bevölkerung der Bundesrepublik gibt es eine starke postmaterialistisch eingestellte Minderheit, deren Einstellungen zu den Verfahren und Ergebnissen der lokalen und nationalen Politik vor allem von den Zielen der neuen Politik bestimmt sein dürfte.

⁴ Dieses Ergebnis bestätigt sich auch in den für kleine Gemeinden, Mittel- und Großstädte jeweils getrennt durchgeführten Varianzanalysen. In diesen Fällen zeigen sich in Groß- und Mittelstädten, nicht aber in kleinen Gemeinden, statistisch signifikante Beziehungen zwischen den Wertorientierungen und der Zufriedenheit mit der Kommunalverwaltung. Die Einstellungen zu den neuen sozialen Bewegungen stehen in Mittelstädten in einer statistisch signifikanten, substantiell aber nicht interpretierbaren Beziehung zur Zufriedenheit mit der Kommunalverwaltung. Allerdings sind die drei für Gemeinden unterschiedlicher Größe entwickelten Erklärungsmodelle insgesamt statistisch insignifikant.

- (2) Die Anhängerschaft der neuen sozialen Bewegungen rekrutiert sich in erster Linie aus der Gruppe der Postmaterialisten.
- (3) Postmaterialistische Wertorientierungen und positive Einstellungen zu den neuen sozialen Bewegungen sind in kleinen und mittleren Gemeinden ebenso anzutreffen wie in Großstädten. Allerdings ist das postmaterialistische Profil der Anhänger der neuen sozialen Bewegungen in den Großstädten besonders deutlich ausgeprägt.
- (4) Zwei von drei Bundesbürgern äußern ihre Zufriedenheit mit der Kommunalverwaltung. Kritische Einstellungen zur lokalen Administration sind allerdings in der Anhängerschaft der alternativ-postmaterialistischen Bewegungen wesentlich häufiger anzutreffen als in der übrigen Bevölkerung. Als die maßgebliche, originäre Bedingung der Unzufriedenheit mit der Kommunalverwaltung ist aber nicht die Unterstützung der Alternativbewegung, sondern die Präferenz für postmaterialistische Ziele anzusehen. Diese Struktur tritt in Gemeinden jeder Größenordnung auf.

Über die Konsequenzen der präsentierten Befunde für das Funktionieren der lokalen Demokratie in der Bundesrepublik kann man beim gegenwärtigen Forschungsstand zwar mehr oder weniger plausible Spekulationen anstellen, aber kaum gesicherte Aussagen machen. Umstritten ist in der bisherigen Diskussion sowohl die Fähigkeit als auch die Bereitschaft der nationalen und kommunalen Entscheidungsträger, die quantitativ umfassenden und qualitativ neuartigen Forderungen der neuen Politik zu befriedigen. Diskussionen gab es darüber hinaus auch über die möglichen Reaktionen der Anhänger der neuen sozialen Bewegungen auf eine mögliche Diskrepanz zwischen ihren Erwartungen und den Leistungen des politischen Systems. Die Protestaktionen der neuen sozialen Bewegungen wurden verschiedentlich als Anzeichen eines generellen Rückgangs des Vertrauens in die politischen Institutionen und Akteure, verschiedentlich aber auch als Protest gegen einzelne Vorhaben und Maßnahmen der amtierenden politischen Führung interpretiert. Hinter diesen verschiedenen Interpretationen steht die Frage, ob sich mit dem Übergang zu den Werten und Verhaltensdispositionen der postindustriellen Gesellschaft eine Entfremdung einzelner gesellschaftlicher Gruppen vom etablierten politischen System verbindet, die die Regierbarkeit der Demokratie in Frage stellt und eine grundlegende Neuorganisation der Beziehungen zwischen Regierenden und Regierten erforderlich macht. Andere sehen in diesem Prozeß - weniger dramatisierend - eine Erweiterung des politischen Themenspektrums und des Aktionsrepertoires der Bevölkerung.

Vor allem konservative Beobachter der politischen Entwicklung und Anhänger der Neuen Linken favorisieren die erste Interpretation. Eine auf empirische Daten gestützte Interpretation der Rolle der neuen Politik für die kommunale Selbstverwaltung dürfte dagegen zurückhaltender ausfallen. Die vorliegenden empirischen Daten stützen die Annahme, daß mit der Ausbreitung alternativ-postmaterialistischer Werte und Verhaltensformen neue prozedurale und materielle Forderungen auf die Tagungsordnung gelangen. In deren Mittelpunkt steht der Anspruch auf einen Ausbau direkt-demokratischer Institutionen und eine Aufwertung egalitärer und lebensstilbezogener Ziele (vgl. ausführlicher hierzu: *Dalton 1988; Kunz/Gabriel/Brettschneider 1993; Schmitt 1987*). Obwohl die mit dem Wertewandel verbundene Umstrukturierung der Prioritäten die nationale wie die lokale Politik gleichermaßen vor neue Anforderungen stellt, führt diese Veränderung keineswegs zwangsläufig zu einer Zunahme politischer Unzufriedenheit. Ein derartiger Effekt tritt vermutlich nur dann ein, wenn sich die lokalen und nationalen Entscheidungsträger dauerhaft den veränderten Erwartungen der Bevölkerung verschließen und an der Aufgabe scheitern, die neuen und die alten politischen Ziele miteinander zu verbinden. Langfristig betrachtet, ist dies unwahrscheinlich, weil sich die politischen Parteien im Interesse ihrer Mehrheitsfähigkeit ständig darum bemühen, breite Wählerkoalitionen - und damit auch die Anhänger der neuen Politik - an sich zu binden. Da es ihnen in der Vergangenheit gelang, ihren Einfluß im lokalen politischen System stetig auszubauen, unterliegen auch die kommunalpolitischen Entscheidungen zunehmend den Spielregeln des Parteienwettbewerbs. Daraus ergibt sich für die lokalen politischen Institutionen und Akteure ein starker Druck, die Forderungen der neuen Politik aufzugreifen und auf diese Weise der Entfremdung der Postmaterialisten von der Kommunalpolitik entgegenzuwirken.

Nach den hier präsentierten Ergebnissen sind die Anhänger der alternativ-postmaterialistischen Bewegungen mit der Kommunalverwaltung unzufriedener als die übrige Bevölkerung. Die Frage, ob dies eine Krise der kommunalen Selbstverwaltung indiziert und ob diese grundlegender und dauerhafter Natur ist, läßt sich mit Hilfe der verfügbaren Daten nicht beantworten. Die für die nationale Politik der Bundesrepublik vorliegenden Erkenntnisse geben allerdings Grund zu der Annahme, daß der Übergang zur postindustriellen Gesellschaft zwar nicht krisenfrei verlaufen wird, daß die grundlegenden Werte und Institutionen der liberalen Demokratien und deren Regierbarkeit aber nicht zur Disposition stehen.

Literatur

Alemann, Ulrich von/Loss, Kay/Vowe, Gerhard (Hg.) 1992: Fernstudieneinheit "Politik", Bd. 2. Berlin.

Almond, Gabriel A./Verba, Sidney 1965: The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations. Boston.

Arnbruster, Bernt/Leisner, Reiner 1975: Bürgerbeteiligung in der Bundesrepublik. Zur Freizeitaktivität verschiedener Bevölkerungsgruppen in ausgewählten Beteiligungsfeldern (Kirchen, Parteien, Bürgerinitiativen). Göttingen.

Arzberger, Klaus 1980: Bürger und Eliten in der Kommunalpolitik. Stuttgart.

Baker, Kendall/Dalton, Russell J./Hildebrandt, Kai 1981: Germany Transformed. Political Culture and the New Politics, Cambridge. Mass./London.

Barnes, Samuel H./Kaase, Max u.a. 1979: Political Action. Mass Participation in Five Democracies. Beverly Hills/London.

Battis, Ulrich 1976: Partizipation im Städtebaurecht. Berlin.

Bell, Daniel 1976: The Coming of Postindustrial Society. A Venture in Social Forecasting. New York.

Bergstraesser, Arnold u.a. 1965: Soziale Verflechtung und Gliederung im Raum Karlsruhe. Karlsruhe.

Borghorst, Hermann 1976: Bürgerbeteiligung in der Kommunal- und Regionalplanung. Eine kritische Problem- und Literaturanalyse. Leverkusen.

Borsdorf-Ruhl, Barbara 1973: Bürgerinitiativen im Ruhrgebiet. Essen.

Buse, Michael J./Nelles, Winfried/Oppermann, Thomas 1978: Determinanten politischer Partizipation. Theorieansatz und empirische Überprüfung am Beispiel der Stadtanierung Andernach.

Brandt, Karl-Werner 1990: Cyclical Aspects of New Social Movements: Waves of Cultural Criticism and Mobilization Cycles of New Middle-Class Radicalism, in: Dalton, Russell J./Küchler, Manfred (Hg.): Challenging the Political Order. New Social and Political Movements in Western Democracies. New York, S. 23 - 42.

Brettschneider, Frank/Ahlstich, Katja/Zügel, Bettina 1992: Materialien zu Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft, in: *Gabriel, Oscar W. (Hg.): Die EG-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*. Opladen, S. 433 - 626.

Crudde, Charles F./Neubauer, Deane E. (Hg.) 1969: *Empirical Democratic Theory*. Chicago.

Dalton, Russell J. (Hg.) 1988: *Citizen Politics in Western Democracies. Public Opinion and Political Parties in the United States, Great Britain, West Germany, and France*. Chatham, N.J.

Dalton, Russell J./Küchler, Manfred (Hg.) 1990: *Challenging the Political Order. New Social and Political Movements in Western Democracies*. New York.

Dittberner, Jürgen/Ebbighausen, Rolf (Hg.) 1973: *Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen.

Ebbighausen, Rolf 1973: *Legitimationskrise der Parteiendemokratie und Forschungssituation der Parteiensoziologie*, in: *Dittberner, Jürgen/Ebbighausen, Rolf (Hg.): Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen, S. 13 - 32.

Falter, Jürgen W./Fenner, Christian/Greven, Michael Th. (Hg.) 1984: *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Verhandlungen der Fachtagung der DVPW vom 11.-13. Oktober 1983 in Mannheim*. Opladen.

Finifter, Ada W. (Hg.) 1983: *Political Science. The State of the Discipline*. Washington, D.C.

Fuchs, Dieter 1984: *Die Aktionsformen der neuen sozialen Bewegungen*, in: *Falter, Jürgen W./Fenner, Christian/Greven, Michael Th. (Hg.): Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Verhandlungen der Fachtagung der DVPW vom 11.-13. Oktober 1983 in Mannheim*. Opladen, S. 621 - 634.

Fuchs, Dieter 1989: *Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen.

Gabriel, Oscar W. (Hg.) 1983a: *Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie*. München.

Gabriel, Oscar W. 1983b: Von der Ein-Punkt-Aktion zur sozialen Bewegung. Bürgerinitiativen in der Kommunalpolitik, in: Gabriel, Oscar W. (Hg.): Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie. München, S. 271 - 304.

Gabriel, Oscar W. 1984: Bürgerinitiativen in der Kommunalpolitik. Entstehungsbedingungen und Aktionsformen, in: Guggenberger, Bernd/ Kempf, Udo (Hg.): Bürgerinitiativen und repräsentatives System. Opladen, S. 257 - 275.

Gabriel, Oscar W. 1986: Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen.

Gabriel, Oscar W. 1988: Politische Partizipation und kommunale Politik, in: APuZ, B 29/88, S. 3 - 20.

Gabriel, Oscar W. 1990: Politischer Protest und politische Unterstützung. Entsteht eine neue Subkultur des Protestes in Westeuropa? in: Politische Bildung 23, S. 34 - 52.

Gabriel, Oscar W. 1992a: Lokale Politische Kulturen, in: Alemann, Ulrich von/Loss, Kay/Vowe, Gerhard (Hg.): Fernstudieneinheit "Politik", Bd. 2. Berlin, S. 1 - 56.

Gabriel, Oscar W. (Hg.) 1992b: Die EG-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. Opladen.

Gabriel, Oscar W./Troitzsch, Klaus G. (Hg.) 1993: Wahlen in Zeiten des Umbruchs. Frankfurt a.M.

Grauhan, Rolf Richard (Hg.), 1975: Lokale Politikforschung, 2 Bände. Frankfurt/New York.

Guggenberger, Bernd/ Kempf, Udo (Hg.) 1984: Bürgerinitiativen und repräsentatives System. Opladen.

Hauff, Volker (Hg.) 1980: Bürgerinitiativen in der Gesellschaft. Politische Dimensionen und Reaktionen. Villingen.

Hendler, Reinhard 1977: Die bürgerschaftliche Beteiligung an der städtebaulichen Planung. Göttingen.

Hildebrandt, Kai/Dalton, Russell J. 1977: Die neue Politik. Politischer Wandel oder Schönwetterpolitik, in: Kaase, Max (Hg.): Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976, PVS 18, S. 230 - 256.

Inglehart, Ronald 1971: The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies, in: *APSR* 65, S. 991 - 1017.

Inglehart, Ronald 1977: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics. Princeton, N.J.

Inglehart, Ronald 1979a: Political Action. The Impact of Values, Cognitive Level, and Social Background, in: *Barnes, Samuel H./Kaase, Max u.a.*: Political Action. Mass Participation in Five Democracies. Beverly Hills/London, S. 343 - 380.

Inglehart, Ronald 1979b: Wertwandel in den westlichen Gesellschaften. Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten, in: *Klages, Helmut/Kmieciak, Peter* (Hg.): Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt/New York, S. 279 - 316.

Inglehart, Ronald 1983: Changing Paradigms in Comparative Political Behavior, in: *Finifter, Ada W.* (Hg.): Political Science. The State of the Discipline. Washington, D.C., S. 445 - 479.

Inglehart, Ronald 1990a: Culture Shift in Advanced Industrial Society. Princeton, N.J.

Inglehart, Ronald 1990b: Values, Ideology, and Cognitive Mobilization in New Social Movements, in: *Dalton, Russell J./Küchler, Manfred* (Hg.): Challenging the Political Order. New Social and Political Movements in Western Democracies. New York, S. 43 - 66.

Jennings, M. Kent/Van Deth, Jan W. 1990: Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies. Berlin/New York.

Kaase, Max (Hg.) 1977: Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976, PVS 18.

Kaase, Max 1982: Partizipatorische Revolution - Ende der Parteien?, in: *Raschke, Joachim* (Hg.): Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung. Opladen, S. 173 - 189.

Kaase, Max 1984: Politische Beteiligung in den 80er Jahren. Strukturen und Ideosynkrasien, in: *Falter, Jürgen W./Fenner, Christian/Greven, Michael Th.* (Hg.): Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Verhandlungen der Fachtagung der DVPW vom 11.-13.Oktober 1983 in Mannheim. Opladen, S. 338 - 350.

Kaase, Max 1990: Social Movements and Political Innovation, in: *Dalton, Russell J./Küchler, Manfred* (Hg.): Challenging the Political Order. New Social and Political Movements in Western Democracies. New York, S. 84 - 101.

Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hg.) 1990: Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987. Opladen.

Kempf, Udo 1984: Bürgerinitiativen - Der empirische Befund, in: *Guggenberger, Bernd/Kempf, Udo* (Hg.): Bürgerinitiativen und repräsentatives System, 2. neubearbeitete und erweiterte Auflage. Opladen, S. 295 - 317.

Klages, Helmut 1984: Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalysen, Prognosen. Frankfurt/New York.

Klages, Helmut 1988: Wertedynamik. Über die Wandelbarkeit des Selbstverständlichen. Zürich.

Klages, Helmut/Kmiecniak, Peter (Hg.) 1979: Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt/New York.

Klages, Helmut/Herbert, Willi 1983: Wertorientierung und Staatsbezug. Untersuchungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik. Frankfurt/New York.

Kodolitsch, Paul von 1975: Gemeindeverwaltung und Bürgerinitiativen. Ergebnisse einer Umfrage, in: AfK 14, S. 264 - 278.

Konrad Adenauer-Stiftung (Hg.) 1973: Stadtentwicklung - Von der Krise zur Reform. Bonn.

Kühne, Jörg D./Meissner, Friedrich (Hg.) 1977: Züge unmittelbarer Demokratie in der Gemeindeverfassung. Bürgerentscheid, Bürgerbegehren, Bürgerversammlung u.a.. Göttingen.

Kunz, Volker/Gabriel, Oscar W./Brettschneider, Frank 1993: Werteorientierungen, Ideologien und Policy-Präferenzen in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Gabriel, Oscar W./Troitzsch, Klaus G.* (Hg.): Wahlen in Zeiten des Umbruchs. Frankfurt a.M. u.a., S. 203 - 240.

Lenzer, Gertrud 1962: Staatsbürgerliches Verhalten im kommunalen Bereich. Eine soziologische Untersuchung der politischen Anteilnahme in einer bayerischen Marktgemeinde. München.

Lipset, Seymour M. 1969: Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy, in: *Cnudde, Charles F./Neubauer, Deane E.* (Hg.): Empirical Democratic Theory. Chicago, S. 151 - 192.

Mayntz, Renate 1958: Soziale Schichtung und sozialer Wandel in einer Industriegemeinde. Stuttgart.

Miller, Warren E./Levitin, Teresa 1976: Leadership and Change. The New Politics and the American Electorate. Cambridge, Mass.

Oswald, Hans 1966: Die überschätzte Stadt. Freiburg/Olten.

Pappi, Franz Urban 1990: Neue soziale Bewegungen und Wahlverhalten in der Bundesrepublik, in: *Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter* (Hg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987. Opladen, S. 143 - 192.

Raschke, Joachim (Hg.) 1982: Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung. Opladen.

Reuband, Karl Heinz 1985: Politisches Selbstverständnis und Wertorientierungen von Anhängern und Gegnern der Friedensbewegung, in: ZParl 16, S. 25 - 45.

Rochon, Thomas R. 1990: The West European Peace Movement and the Theory of New Social Movements, in: *Dalton, Russell J./Küchler, Manfred* (Hg.): Challenging the Political Order. New Social and Political Movements in Western Democracies. New York, S. 105 - 121.

Schmitt, Hermann 1987: Neue Politik in alten Parteien. Zum Verhältnis von Gesellschaft und Parteien in der Bundesrepublik. Opladen.

Schmitt, Rüdiger 1990: Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Ursachen und Bedingungen der Mobilisierung einer neuen sozialen Bewegung. Opladen.

Thaysen, Uwe 1980: Stellung der Parteien zu den Beteiligungsmöglichkeiten und Beteiligungsformen der Bürgerinitiativen, in: *Hauff, Volker* (Hg.): Bürgerinitiativen in der Gesellschaft. Politische Dimensionen und Reaktionen. Villingen, S. 187 - 232.

Uehlinger, Hans Martin 1988: Politische Partizipation in der Bundesrepublik. Strukturen und Erklärungsmodelle. Opladen.

Warren, Roland L. 1957a: Bürgerschaftliche Tätigkeiten in einer deutschen Großstadt, in: *KZfSS* 7, S. 424 - 446.

Warren, Roland L. 1957b: Eine sozialpsychologische Studie der bürgerschaftlichen Tätigkeiten in Stuttgart, in: *KZfSS* 7, S. 619 - 642.

Westle, Bettina 1992: Politische Partizipation, in: *Gabriel, Oscar W. (Hg.): Die EG-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt.* Opladen, S. 135 - 171.

Wurzbacher, Gerhard (Hg.) 1954: Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklungen. Stuttgart.

Ziegler, Josef 1974: Bürgerbeteiligung in der kommunalen Selbstverwaltung. Situation und Überlegungen zur weiteren Entwicklung. Würzburg.

Zwick, Michael M. 1990: Neue soziale Bewegungen als politische Subkultur. Zielsetzung, Anhängerschaft, Mobilisierung. Frankfurt/New York.